



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Steuerlast für KMU senken und Investitionen stärken

Aktuell seit 02.10.2026 07:35:36

Angegeben von:

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) e.V. (R002505) am 02.10.2026

Beschreibung:

Der DMB setzt sich für eine Steuerpolitik ein, die Eigenkapital und Investitionen in KMU stärkt, etwa durch eine Anhebung der Grenze für den Spitzensteuersatz, den vollständigen Ausgleich der kalten Progression, praxistaugliche Thesaurierungs- und Optionsregeln (§ 34a EStG, § 1a KStG), eine spürbare Senkung der Körperschaftsteuer bereits ab 2027, eine kommunale Wirtschaftssteuer statt der Gewerbesteuer und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Beim Einkommensteuerreformgesetz 2027 wendet sich der Verband vor allem gegen die Verschärfung der sogenannten "Reichensteuer". Denn alle Erhöhungen der Einkommensteuer treffen letztlich die inhabergeführten Personenunternehmen, die einen Großteil der KMU in Deutschland ausmachen und nicht der Körperschaftsteuer unterliegen.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Entwurf eines Einkommensteuerreformgesetzes 2027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.09.2026

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (4)

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Handwerk [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (5)

EStG [alle RV hierzu]

KStG 1977 [alle RV hierzu]

GewStG [alle RV hierzu]

AO 1977 [alle RV hierzu]

SolZG 1995 [alle RV hierzu]